

# 62. Studierendenparlament der Universität zu Köln



**Beschluss des Studierendenparlaments vom 03. Juli 2017**

## **Nein zu Abschiebungen, Ja zum Recht auf Asyl! Für eine solidarische und menschenwürdige Gesellschaft**

*„Für Menschen auf der Flucht gab es schlechtere Orte: ‚Das Lager ist ordentlich und sauber‘ und gleich in der Nähe lag eine Stadt ‚mit Geschäften, einem Kino und so weiter, wohin die Flüchtlinge jederzeit gehen können‘ (...) Die Flüchtlinge jener Zeit waren Europäer. Zu Tausenden trafen sie im Frühjahr 1944 in der syrischen Stadt Aleppo ein. Griechenland befand sich unter der Kontrolle eines brutalen Besatzungsregimes aus deutscher Wehrmacht, italienischer Armee und bulgarischen Truppen.“*

Fabian Köhler, „Zweiter Weltkrieg – Als Europäer nach Aleppo flüchten mussten“, Spiegel Online vom 19. September 2016.

*„Durch Konflikte und Verfolgung erreicht die Zahl der von Flucht und Vertreibung betroffenen Menschen ein trauriges Rekordniveau: Jeder 113. Mensch auf der Welt ist entweder asylsuchend, im eigenen Land vertrieben oder Flüchtling. 65,3 Millionen Menschen mussten ihre Heimat verlassen und sind weltweit auf der Flucht. 33.972 Menschen fliehen im Durchschnitt pro Tag aufgrund von Konflikten und Verfolgung. 51 Prozent der Flüchtlinge weltweit sind jünger als 18 Jahre.“*

Pressemitteilung der UNO-Flüchtlingshilfe vom 7. Juni 2017,  
<http://www.presseportal.de/pm/63012/3654228>.

Das Recht auf Asyl ist als Teil der Menschenrechte der Vereinten Nationen und im Grundgesetz als Konsequenz des vom faschistischen Deutschland begonnenen Raub- und Vernichtungskriegs, der Millionen Menschen zu Flucht und Exil zwang, verankert worden. Noch nie nach 1945 war die Zahl der Menschen, die durch Krieg und Vertreibung in die Flucht getrieben werden, so hoch wie heute.

Die Ursachen der Flucht, soziale Ungleichheit und Krieg, müssen bekämpft und den Flüchtenden muss geholfen werden, Grenzen für Menschen müssen geöffnet und für Waffen geschlossen werden. Seit über einem Jahr reagiert die Bundesregierung auf diesen humanitären Notstand stattdessen mit Abschiebung und Abschottung:

Etliche Staaten werden pauschal als „sichere Herkunftsländer“ deklariert, es wird selbst in Teile der Bürgerkriegsländer Afghanistan und Irak abgeschoben, die als „sicher“ deklariert werden. Auch aus NRW wurde bisher nach Afghanistan abgeschoben. Pro Asyl urteilt dazu: *„Das Konzept der ‚sicheren Herkunftsstaaten‘ zielt darauf, Schutzsuchende aus diesen Ländern abzuschrecken und sie schnell abschieben zu können. Es folgt nicht menschenrechtlichen Tatsachen, sondern politischer Willkür. Die pauschale Unterstellung, Schutzsuchende aus diesen Ländern hätten keine Schutzgründe, steht dem Grundprinzip des Asylverfahrens – einer individuellen, sorgfältigen Prüfung des Asylgesuchs – diametral entgegen.“*

**Präsidium**

Christopher Kohl

1. Sprecher

Theodor Jost

2. Sprecher

Inpayogi Yogendran

2. Sprecher

62. Studierendenparlament  
der Universität zu Köln  
c/o AStA  
Universitätsstraße 16  
50937 Köln  
Tel. +49 221 470-2993  
Fax +49 221 470-5071  
[stupa-praesidium@uni-koeln.de](mailto:stupa-praesidium@uni-koeln.de)

**Zu erreichen mit:**

KVB-Bahnlinie 9  
KVB-Buslinien 130, 136, 142 & 146

## 62. Studierendenparlament der Universität zu Köln



### Präsidium

Beschluss des 62.  
Studierendenparlaments vom 03.  
Juli 2017

Der Familiennachzug für subsidiär schutzbedürftige Menschen, die vor Krieg fliehen, aber laut Einschätzung des Bundesministeriums für Flucht und Migration (BAMF) nicht individuell politisch verfolgt werden, ist ausgesetzt worden. Damit können Angehörige zum Beispiel etlicher syrischer Geflüchteter nicht zu ihren Familienangehörigen in Deutschland kommen. Der Kinderschutzbund klagt gegen dieses Gesetz, da er es für grundgesetzwidrig hält.

Die Abschiebung erkrankter Menschen ist „erleichtert“ worden.

Die Bundesrepublik schiebt wieder aus Deutschland in die Staaten mit EU-Außengrenzen zurück, in denen die Geflüchteten in Europa angekommen sind, ohne nach den sozialen Folgen für die betroffenen Personen oder nach den Bedingungen in den neuen Aufnahmeländern zu fragen.

Die Bundesregierung arbeitet daran, Flüchtlingsdeals mit Staaten wie der Türkei oder Ägypten, in denen Menschenrechte mit Füßen getreten werden, auszubauen beziehungsweise zu initiieren.

Mit dem Gesetz zur „besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“ können Geflüchtete ohne Vorankündigung abgeschoben werden und bis zu zwei Jahre zum Verbleib in Erstaufnahme-Einrichtungen gezwungen werden. Währenddessen können Kinder nicht zur Schule, Erwachsene nicht arbeiten und der Zugang zu Rechtsmitteln ist erschwert. Dazu der paritätische Wohlfahrtsverband: *„Der von CDU/CSU und SPD eingebrachte Entwurf ist verfassungsrechtlich fragwürdig und missachtet insbesondere die Rechte von Familien, Kindern, Traumatisierten und sonstigen besonders schutzbedürftigen Personen. (...) Diese Regelung birgt die Gefahr, eine große Anzahl von Kindern ins soziale und gesellschaftliche Abseits zu drängen.“*

Mit demselben Gesetz wird die Abschiebung aufgrund von „Straffälligkeit“ verschärft. Damit wird der Anspruch auch von Geflüchteten auf rechtsstaatliche Verfahren zugunsten von Abschiebung in Folterländer aufgehoben. Für das Bundesinnenministerium sind schon solche Menschen Straftäter, die *„hartnäckig ihre Mitwirkung an der Identitätsfeststellung verweigern“* (Homepage des Bundesinnenministeriums).

In der Konsequenz dieser und weiterer „Maßnahmen“ wird brachial abgeschoben. Und die Parteien der zukünftigen schwarz-gelben Landesregierung in NRW sind für die Verschärfung dieses Kurses angetreten.

Dieser unmenschlichen Politik ‚von oben‘ steht das Engagement, stehen Anteilnahme, Hilfsbereitschaft und internationale Solidarität ‚von unten‘ aus der Zivilgesellschaft entgegen. Die Solidarität mit geflüchteten Menschen ist ungebrochen und wird in etlichen Initiativen in der gesamten Republik fortgesetzt, nur wird medial darüber – im Gegensatz zu Äußerungen der AfD – wenig berichtet. 2017 könnten sich drei Viertel der Bevölkerung in Deutschland vorstellen, Geflüchteten persönlich zu helfen.

## 62. Studierendenparlament der Universität zu Köln



Aufgrund der Solidarität der Berufsschulklassen in Nürnberg mit einem 21-jährigen, von Abschiebung bedrohten afghanischen Mitschüler steht die Bundesregierung verstärkt unter Druck. Das Bundesinnenministerium will nun eine „neue Bewertung der Sicherheitslage in Afghanistan“ vornehmen und hat Abschiebungen nach Afghanistan vorläufig – außer für nach der Definition des Bundesinnenministeriums straffällig gewordene Menschen – ausgesetzt, der Schüler wurde vorerst aus der Abschiebehaft entlassen.

### Präsidium

Beschluss des 62.  
Studierendenparlaments vom 03.  
Juli 2017

In dieser polarisierten politischen Lage will die verfasste Studierendenschaft Aktivitäten wie Kundgebungen, Solidaritätsaktionen etc. initiieren, um Abschiebungen zu stoppen und für das Recht auf Asyl einzutreten. Dafür wird ein zeitnahes Treffen mit möglichen Bündnisorganisationen (Kein Mensch ist illegal, Geflüchteten-Initiativen, Flüchtlingsrat, Bezirksschüler\*innenvertretung, andere ASten und weiteren) einberufen, um Solidaritätsaktionen zu planen und zu realisieren.

Flucht heißt auch Hoffnung auf ein besseres Leben. Für ein besseres, menschenwürdiges Leben für alle Menschen wollen wir zusammenwirken.

*„Dürfen wir zulassen, dass Menschen, die Furchtbares erlebt haben, hilflos in Elend und Krieg zurückgeschickt werden? (...) Meine beiden Geschwister und ich gehörten zu den wenigen aus München deportierten Kinder, die wieder zurückgekehrt sind. Deshalb bin ich überzeugt, dass wir in unserem Land ein waches, gegenüber Unrecht empfindliches Gespür und Bewusstsein brauchen, um als Demokratie zu bestehen. (...) Asyl und Schutz sind weder ein Gnadenakt noch ein Deal. Sie sind eines der zentralen Rechte unserer Verfassungen. Aus der Geschichte lernen heißt doch auch für Menschen, die vor Krieg, Terror und Not fliehen, einzutreten und ihnen Schutz zu geben.“*

Aus dem Brief vom 2. Juni 2017 von Ernst Grube, Präsident der Lagergemeinschaft Dachau e. V. und einer der bekanntesten Münchner Zeitzeugen der NS-Diktatur, an die bayrische Landtagspräsidentin Barbara Stamm.